

Deutschland-Berlin: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 233/2015 02/12/2015

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen****Richtlinie 2004/18/EG****Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin c/o Tempelhof Projekt GmbH (Vergabestelle)

Postanschrift: Columbiadamm 10, D2

Ort: Berlin

Postleitzahl: 12101

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Tempelhof Projekt GmbH

Zu Händen von: Suzann Liefke

E-Mail: vergabe@tempelhof-projekt.de

Telefon: +49 30200037484

Fax: +49 30200037499

Internet-Adresse(n):Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: www.thf-berlin.de**Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:**

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen: die oben genannten Kontaktstellen**I.2. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Sonstige: Die Tempelhof Projekt GmbH ist eine privatrechtlich organisierte Gesellschaft des Landes Berlin

I.3. Haupttätigkeit(en)

Sonstige: Die Tempelhof Projekt GmbH ist in Vertretung des Landes Berlin mit der Bewirtschaftung und Entwicklung der landeseigenen Grundstücksflächen und Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen Flughafen Tempelhof beauftragt

I.4. Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: ja

Offizielle Bezeichnung: Siehe Ziff. VI.4.1)

Postanschrift: Am Köllnischen Park 3

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10179

Land: Deutschland

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1. Beschreibung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber

Generalplanung für Teilbereiche im Bauteil A1 des ehemaligen Flughafens Berlin- Tempelhof.

II.1.2. Art des Auftrags und Ort der Ausführung bzw. Lieferung

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen

Hauptort der Ausführung: 12101 Berlin.

NUTS-Code

II.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4. Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5. Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Das Land Berlin vertreten durch die Tempelhof Projekt GmbH plant die Grundinstandsetzung der Versorgungsleitungen des Bauteil A1 (Strangsanierung) und den Ausbau von Teilbereichen der Ebene 2 für Neuvermietungen, sowie konzeptionelle Ausarbeitungen für eine flexible Gliederung in Mieteinheiten der gesamten Ebenen 2 & 3. Die Grundinstandsetzung wird notwendig, um für eine zukünftige Nutzung /Vermietung die Räumlichkeiten auf den neuesten Stand der Technik und gesetzlichen Standards zu bringen. Zum Leistungsinhalt gehört neben den Standardleitungen der HOAI u. a. die Vorbereitung und Begleitung von Verhandlungen und Abstimmungen mit dem Auftraggeber, den Planungsbeteiligten, dem Projekt- und Facilitymanagement, den öffentlichen Behörden, der Feuerwehr, den Prüfengeuren und betreffenden weiteren Institutionen. Der gesamte Gebäudekomplex des ehemaligen Flughafens Tempelhof steht unter Denkmalschutz. Leistungsumfang: Die angeforderten Planungsleistungen betreffen Aus- und Umbauarbeiten im Bauteil A1. Die in allen Leistungsphasen zu beplanende Fläche Ebene 2 beträgt ca. 800 m² Bruttogeschossfläche. Die zusätzlich zur vorbenannten Fläche mit Teilleistungen zu betrachtenden Bereiche betragen in Ebene 2 zusätzliche weitere 800 m² und in Ebene 3 ca. 1 000 m² Bruttogeschossfläche. Für die Ebenen Keller, Rollfeld und Ebene 1 ist nur eine Strangsanierung Planungsbestandteil.

Auftragsinhalt ist die Tätigkeit eines Generalplaners, der folgende Planungsdisziplinen abzudecken hat:

- Objektplanung Leistungsbild Gebäude und Innenräume nach § 34 und Anlage 10 HOAI LP 1-9 (nur für Teilbereiche bis LPH 9);
- Fachplanung Leistungsbild Tragwerksplanung nach § 51 und Anlage 14 HOAI für Umbauarbeiten;
- Fachplanung Leistungsbild Technische Ausrüstung nach § 55 und Anlage 15 HOAI Anlagengruppen I bis VIII ohne VII LP 1-9 für Teilbereich Ebene 2 – 1.BA und Strangsanierung sowie LPH 1-3 für die restlichen Bereich: Sanierung der Versorgungsstränge für Trink- und Abwasser, Regenwasser, Heizungsanlagen/Wärmeversorgung, Lüftungsanlagen, Niederspannungsanlagen bis zu den Übergabepunkten für den späteren Mieterausbau;
- Stellung eines SiGeKo nach AHO-Heft 15 für die Durchführung der vorbenannten Baumaßnahme nur für den 1.BA (Teilfläche Ebene 2 und Strangsanierung);
- Integration der mieterseitigen bzw. Bauherrenseitige Ausbauplanung des 1. BA (Teilfläche Ebene 2 und Strangsanierung) in die genehmigungsrechtlichen Bau- und Ausführungsunterlagen einschl. Bestandsdokumentation.

Optional: es wird ggf. die Mieterausbauplanung für die noch nicht vermieteten Flächen in der Ebene 2 abgerufen.

II.1.6. Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen - FG25

II.1.7. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

II.1.8. Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2. Umfang der Beschaffung

II.2.1. Gesamtmenge bzw. -umfang

Leistung und Leistungsbilder siehe Pkt. II.1.5) dieser Veröffentlichung:

Die stufenweise Beauftragung erfolgt in nachfolgend beschriebenen Leistungsstufen:

Stufe I – Leistungen der LP 1 bis 3 (für die Ebene 2 & 3 sowie Strangsanierung);

— der Grundlagenermittlung,

— der Vorplanung,

— der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung einschließlich aller dazugehörigen Grundleistungen, den besonderen Leistungen und Beratungsleistungen.

Stufe II – Leistungen der LPH 4- Genehmigungsplanung nur für den Teilbereich des 1.

Bauabschnittes (Teilfläche Ebene 2 mit Strangsanierung) bestehend aus:

— der Genehmigungsplanung einschließlich aller dazugehörigen Grundleistungen, ggf. den besonderen Leistungen und Beratungsleistungen.

Stufe III – Leistungen der LP 5 bis 6 bestehend aus (Planungsbereich analog Stufe II):

— der Ausführungsplanung,

— der Vorbereitung der Vergabe, einschließlich aller dazugehörigen Grundleistungen, den besonderen Leistungen und Beratungsleistungen.

Stufe IV – Leistungen der LP 7 bis 8 bestehend aus (Leistungsbereich analog Stufe II & III):

— der Mitwirkung bei der Vergabe,

— Objektüberwachung, einschließlich aller dazugehörigen Grundleistungen, den besonderen Leistungen und Beratungsleistungen.

Stufe V – Leistungen der LP 9 bestehend aus (Leistungsbereich analog Stufe II bis IV):

— der Mitwirkung bei der Vergabe,

— Objektbetreuung und Dokumentation, einschließlich aller dazugehörigen Grundleistungen, den besonderen Leistungen und Beratungsleistungen.

Der Abruf der Leistungsstufen II-V ist auf den ersten Bauabschnitt begrenzt. Die Beauftragung umfasst zunächst nur die Leistungsstufe I.

Die Übertragung einzelner nachfolgender Leistungsstufen hängt wesentlich von der Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt des Landes Berlin ab. Diese stehen im Moment des Vertragsabschlusses noch nicht für alle Leistungsstufen zur Verfügung.

II.2.2. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung der Generalplanerleistung umfasst zunächst nur die Leistungsstufe I. Die Übertragung einzelner nachfolgender Leistungsstufen ist für den Auftraggeber optional.

Es wird ggf. die Mieterausbauplanung für die Ebene 2 abgerufen Für den phasenweisen Mieterausbau sind folgende Optionen möglich:

— Fläche des 1.BA (Drehscheibe und angrenzte Teilfläche) bis 800 m² (Nutzfläche einl. Verkehrswege);

— Mieteinheiten von 200 bis 300 m² (Nutzfläche);

— Mieteinheiten bis 500 m² (Nutzfläche);

— Möglichkeit der Zusammenlegung mehrerer kleiner Mieteinheiten zu einer großen bis 1 000 m² (NF).

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:
in Monaten: 36 (ab Auftragsvergabe)

II.2.3. Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

II.3. Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Beginn 5.4.2016. Abschluss 31.7.2017

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Bedingungen für den Auftrag

III.1.1. Geforderte Kauttionen oder Sicherheiten

Angaben hierzu erfolgen ggf. in der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

III.1.2. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Angaben hierzu erfolgen ggf. in der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

III.1.3. Rechtsform, die die Unternehmensgruppe, der der Auftrag erteilt wird, haben muss

Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften ist unzulässig. Sofern sich Bietergemeinschaften beteiligen, müssen sie im Angebot jeweils ihre Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages benennen und sich verpflichten, gesamtschuldnerisch zu haften.

III.1.4. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Darlegung der besonderen Bedingungen: Die verbindlichen Vorgaben des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes sind einzuhalten (Besondere Vertragsbedingungen zur Frauenförderung, Besondere Vertragsbedingungen zu Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen).

III.2. Teilnahmebedingungen

III.2.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: Nachfolgende Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag beizufügen:

(1) Eigenerklärung über die wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen (§ 4 Abs. 2 VOF). Die Eigenerklärung hat Angaben zur Gesellschaftsstruktur, ggf. zur

Konzernzugehörigkeit und über gesellschaftliche Verflechtungen und Beteiligungen zu enthalten.

(2) Unterschriebene Eigenerklärungen im Original darüber, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 Abs. 6 VOF und § 4 Abs. 9 VOF vorliegen. Der Bewerber hat dazu erklären, dass das Unternehmen

— sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer entsprechenden Lage befindet,

— nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden ist, die seine berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellen,

— im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat,

— seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben wie

Krankenversicherungsbeiträge und Sozialabgaben nachkommt,

— sich keiner falschen Erklärungen im Rahmen des Verfahrens schuldig macht oder Auskünfte unberechtigter Weise nicht erteilt.

(3) Unterschriebene Eigenerklärung gem. § 1 Abs. 2 Frauenförderungsverordnung – FFV im Original, mit der sich der Bieter, der in der Regel mehr als 10 Arbeitnehmer/-innen beschäftigt, je nach Anzahl der Beschäftigten zu Frauenförderungsmaßnahmen während der Durchführung des Auftrages verpflichtet bzw. begründet, aus welchen Gründen er ggf. an der Übernahme der Verpflichtungen gehindert ist (gem. § 9 Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz). Hierzu ist das Formblatt Wirt 359 – Stand: 5.9.2011 des Landes Berlin zu verwenden, das unter http://www.berlin.de/vergabeservice/allgemeine_infos/formulare.html abgerufen werden kann.

(4) Unterschriebene Verpflichtungserklärung zur „Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen“ im Original (gem. § 1 Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz) mit der der Bieter erklärt, bei der Ausführung der Leistung:

— die nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz einzuhaltenden Tarifvertrag und weitere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte sind einzuhalten,

— von eingebundenen Dritten die Einhaltung dieser Vorgaben ebenfalls zu verlangen.

Für diese Eigenerklärung ist da Formblatt Wirt 323 (1.8.2011) des Landes Berlin zu verwenden, das unter http://www.berlin.de/vergabeservice/allgemeine_infos/formulare.html abgerufen werden kann.

(5) Eigenerklärung darüber, dass der Bewerber durch mindestens eine/n Architekten/-in oder Ingenieur/-in gemäß der RL 85/384/EG nach § 66 Landesbauordnung Berlin bauvorlageberechtigt ist.

Weitere Informationen unter Ziff. VI.3).

III.2.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: Nachfolgende Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag beizufügen.

(1) Aktueller Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung 2 000 000 EUR (Kopie einer Erklärung des Versicherers – nicht Maklers – nicht älter als 6 Monate gerechnet vom Abgabetermin des Teilnahmeantrages).

(2) Kurze Darstellung des Bewerbers bzw. all seiner gemeinschaftlichen Bieter einer Bietergemeinschaft mit Angaben zur Gründung des Unternehmens und zu den Leistungsbereichen.

(3) Eigenerklärung zur Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter zum Zeitpunkt des Ablaufs der Bewerbungsfrist und Angabe über die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Bewerbungsfrist vorhandene Anzahl von festangestellten Architekten und/oder Ingenieuren, die im Bereich Schadstoffsanierung

tätig sind. Voraussetzung ist nicht, dass der Bewerber bereits 3 Jahre existiert. Weitere Informationen unter Ziff. VI.3).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Der Bewerber muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Bewerbungsfrist mindestens 3 festangestellte Architekten und/oder Ingenieure im Bereich Generalplanung beschäftigen.

III.2.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Nachfolgende Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag beizufügen.

(1) Eigenerklärung über Referenzen des Bewerbers (des Unternehmens) über Generalplanungen der letzten 3 Geschäftsjahre (2013-2015), die mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind.

Gefordert sind Angaben zum Auftraggeber mit Ansprechpartner, dem Projektvolumen, Leistungsdauer sowie eine Projektbeschreibung.

Die Vergabestelle geht davon aus, dass vergleichbare Projekte folgende Anforderungen erfüllen:

- Projektlaufzeit ab 5 Monate,
- Auftragsvolumen des GP: > 700 000,00 EUR,
- Voraussetzung ist nicht, dass der Bewerber bereits 3 Jahre existiert.

(2) Eigenerklärung des Bewerbers (des Unternehmens) über die namentliche Benennung und das Qualifikationsprofil (maximal zwei DIN A4-Seiten) des/der einzusetzenden Projektleiters/-in in Form eines kurzen Lebenslauf im Hinblick auf seine/ihre Qualifikation im Bereich Generalplanung.

Der Lebenslauf hat folgende Angaben zu beinhalten:

- Ausbildung und Qualifikation (Voraussetzung ist ein Abschluss als Architekt und/oder Ingenieur),
- Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, bisheriges Tätigkeitsgebiet im Unternehmen
- Angaben zu besuchten Fort- und Weiterbildungen, die für den Bereich der Generalplanung relevant sind
- Anzahl der Jahre an Berufserfahrung als Architekt oder Ingenieur in dem Bereich Generalplanung.

(3) Eigenerklärung des Bewerbers (des Unternehmens) über persönliche Referenzen des/der Projektleiters/-in über Generalplanung der letzten bis zu 5 Jahre (2010-2015) mit Angaben zum Auftraggeber mit Ansprechpartner, dem Projektvolumen, Leistungsdauer sowie einer Projektbeschreibung unter Angabe der Leistungen des/der Projektleiters/-in.

In der Projektbeschreibung sind – soweit vorhanden – insbesondere auch die erbrachten Leistungen in den folgenden Bereichen zu benennen.

- Leistungen im Bereich Denkmalschutz,
- Leistungen hinsichtlich des Bauens im Bestand,
- Leistungen hinsichtlich des Bauens im laufenden Betrieb,
- Leistungen bezüglich Vergabeprozesse der öffentlichen Hand,
- Leistungen hinsichtlich der Betreuung unterschiedlicher Projektpartner, z. B. Architekten, Fachplaner, technische Berater, Bauleiter, Facility Manager,
- Leistungen als Projektleiter/-in bei der Durchführung von Projekten mit einem Volumen größer als 4 000 000 EUR.

Die aufgeführten Leistungen können sich auf eine oder mehrere Referenzen beziehen.

Es ist nicht Voraussetzung, dass der/die Projektleiter/-in Referenzen über die aufgelisteten Leistungen vorweisen kann. Sie stellen keine Mindestvoraussetzung dar, werden aber bei der Abschichtung (Auswahl) der grundsätzlich geeigneten Bewerber bewertet (hierzu unter Ziff. IV.

1.2).

Weitere Informationen unter Ziff. VI.3).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Es sind mindestens 3 Referenzen des Bewerbers gemäß den Anforderungen der Ziff. III.2.3) Nr. (1) einzureichen.

Die zu Ziff. III.2.3) Nr. (2) anzugebende Berufserfahrung des/der Projektleiters/-in als Architekt oder Ingenieur muss mindestens 10 Jahre betragen.

III.2.4. Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.3. Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Ingenieure/Architekten, wobei mindestens ein/e Ingenieur/-in oder Architekt/-in des Bewerbers gemäß § 66 Landesbauordnung Berlin bauvorlageberechtigt sein muss.

III.3.2. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Verfahrensart

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Auswahl unter den Teilnahmeanträgen, welche die formalen Anforderungen und Mindeststandards erfüllen, erfolgt durch die Bewertung folgender Kriterien: (1) eine über 5 Jahre hinausgehende Berufserfahrung des/der Projektleiters/-in in dem Bereich Generalplanung als Architekt oder Ingenieur (1 Punkte); bei einer über 10 Jahre hinausgehende Berufserfahrung des/der Projektleiters/-in als Architekt oder Ingenieur in dem Bereichen Generalplanung (2 Punkte). (2) eine Referenz des/ der Projektleiters/-in gemäß Ziff. III.2.3) Nr. (3) umfasst Leistungen zum Bauen im Bestand (1 Punkt); mehr als eine Referenz des/der Projektleiters/-in gemäß Ziff. III. 2.3) Nr. (3) umfasst Leistungen zum Bauen im Bestand (2 Punkte) (3) mindestens eine Referenz des/der Projektleiters/-in gemäß Ziff. III.2.3) Nr. (3) umfasst Leistungen hinsichtlich des Bauens im laufenden Betrieb (1 Punkt) (4) mindestens eine Referenz des/der Projektleiters/-in gemäß Ziff. III.2.3) Nr. (3) umfasst Leistungen zum Denkmalschutz (1 Punkt) (5) mindestens eine Referenz des/ der Projektleiters/-in gemäß Ziff. III.2.3) Nr. (3) umfasst Leistungen zu Vergabeprozessen der öffentlichen Hand (1 Punkt) (6) mindestens eine Referenz des/der Projektleiters/-in gemäß Ziff. III.2.3) Nr. (3) umfasst Leistungen hinsichtlich der Betreuung unterschiedlicher Projektpartner, z. B. Architekten, Fachplaner, technische Berater, Bauleiter, Facility Manager (1 Punkt) (7) mindestens eine Referenz des/der Projektleiters/-in gemäß Ziff. III.2.3) Nr. (3) umfasst eigenständig durchgeführte Projekte (als

Projektleiter/-in) mit einem Volumen größer als 6 000 000 EUR (1 Punkt) (8) Dauer der Unternehmenszugehörigkeit länger als 2 Jahre (1 Punkt) (9) besuchte Fort- und Weiterbildungen innerhalb der letzten beiden Jahre (2014, 2015), die für den Bereich der Generalplanung relevant sind (1 Punkt) (10) Nachweis der in der geplanten Teamkonstellation (Planer OP/Planer TGA) bereits gemeinsam umgesetzten Projekte mit einem Volumen größer als 3 000 000 EUR (2 Punkte) Insgesamt können für diesen Teilbereich maximal 13 Punkte vergeben werden. Die genannten Kriterien gemäß Ziff. IV.1.2) Nr. (2)-(9) können durch eine oder mehrere Referenzen erfüllt werden. Eine Referenz kann also mehrere oder alle der zu bewertenden Leistungen umfassen. Sind mehrere Bewerber geeignet und erhalten nach den genannten Kriterien mehr als 5 Bewerber die gleiche Punktzahl, entscheidet die Anzahl der Jahre an Berufserfahrung des/der Projektleiters/-in als Architekt oder Ingenieur im Bereich der Generalplanung.

IV.1.3. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.2. Zuschlagskriterien

IV.2.1. Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

IV.2.2. Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3. Verwaltungsangaben

IV.3.1. Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber

Generalplanung Ausbau und Grundinstandsetzung BT A1

IV.3.2. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

nein

IV.3.3. Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

14.1.2016 - 10:00

IV.3.5. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

5.2.2016

IV.3.6. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch.

Sonstige: Ausschließlich deutsch.

IV.3.7. Bindefrist des Angebots

IV.3.8. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1) Unternehmen, die an einer Bewerbung interessiert sind, obliegt es, ihr Interesse unverzüglich bei der unter Ziff. I.1) genannten Vergabestelle (Tempelhof Projekt GmbH) per E-Mail unter Angabe des Verfahrens „VOF-Verfahren Generalplanung Grundinstandsetzung und Ausbau BT A1“ anzuzeigen und sich als Interessenten registrieren zu lassen. Die Interessenten haben bei der Registrierung eine E-Mail-Adresse anzugeben, über die die Korrespondenz im Vergabeverfahren abgewickelt wird; andernfalls wird die Vergabestelle die E-Mail-Adresse verwenden, mit der die Registrierung erfolgt ist. Die Registrierung ist nicht kostenpflichtig. Über die angegebene E-Mail-Adresse werden die registrierten Interessenten informiert, falls weitere Informationen, z. B. in Form von Antworten auf Bewerber- bzw. Bieterfragen, an die Bewerber bekanntzugeben sind.

(2) Es wird ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Im Teilnahmewettbewerb wird die Eignung der Bewerber überprüft. Es werden maximal 5 Bewerber, die sich als geeignet erweisen und nach den Auswahlkriterien gem. Ziff. IV.1.2) die meisten Punkte erzielen konnten, in einem zweiten Verfahrensschritt zur Abgabe eines ersten Angebotes aufgefordert. Im Nachgang zur Angebotsprüfung finden Verhandlungen mit den Bietern statt.

(3) Anfragen sind frühzeitig schriftlich (E-Mail oder Fax) an die Vergabestelle zu richten. Anfragen, die nicht mindestens sechs Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist eingehen, können nicht mehr beantwortet werden.

(4) Der Teilnahmeantrag (formlos oder mit Hilfe des ABau-Formulars IV 304 F) ist im Original zu unterschreiben. Ein nicht im Original unterschriebener Teilnahmeantrag gilt als nicht abgegeben. Der Teilnahmeantrag ist in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „VOF-Verfahren Generalplanung Grundinstandsetzung und Ausbau BT A1 – Nicht öffnen!“ an die unter Ziff. I.1) genannten Vergabestelle (nicht per Fax oder E-Mail!) bis zum unter Ziff. IV.3.4) festgelegten Termin einzureichen. Für den rechtzeitigen Eingang ist der Bewerber verantwortlich. Nicht rechtzeitig eingegangene Teilnahmeanträge werden ausgeschlossen.

(5) Nachweise und Erklärungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind in einer Übersetzung vorzulegen. Soweit im Zusammenhang mit der Berufszulassung amtliche Bestätigungen gefordert werden, ist die Vorlage einer amtlichen Übersetzung notwendig. Die Vergabestelle behält sich vor, die Unterlagen, Erklärungen und Angaben der Bewerber eigenständig zu überprüfen und hierzu Informationen, Erkundigungen sowie Bescheinigungen einzuholen. Soweit für Erklärungen und Nachweise lediglich Kopien verlangt sind, behält sich die Vergabestelle vor, zur näheren Überprüfung die Nachreichung von Originalen zu verlangen.

Die Vergabestelle behält sich weiterhin vor, von den Bewerbern weitere Unterlagen oder Nachweise (z. B. Bestätigungen, Bescheinigungen, Registerauszüge) zur Überprüfung der geforderten Erklärungen und Angaben anzufordern. Die Vergabestelle behält sich insbesondere vor, ohne hierzu verpflichtet zu sein, von den Bewerbern folgende Unterlagen anzufordern: beglaubigter Auszug aus dem Handelsregister, Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes und der Sozialversicherungsträger oder vergleichbarer Einrichtungen, Auszug aus dem Bundeszentralregister und/oder Gewerbezentralregister.

(6) Im Falle einer Bewerbung einer Bergewerbergemeinschaft ist eine durch alle Mitglieder

unterzeichnete Bewerbergemeinschaftserklärung im Original einzureichen, aus der sich die Absicht zum Zusammenschluss zu einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall, die gesamtschuldnerische Haftung und der bevollmächtigte Vertreter ergeben. Die Eignung von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft wird kumulativ berücksichtigt. Die unter Ziff. III. 2.1) und Ziff. III. 2.2) Nr. (1) und (2) genannten Erklärungen und Nachweise sind für alle Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft einzureichen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Postanschrift: Martin-Luther-Str. 105

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10825

Telefon: +49 3090138316

Fax: +49 3090137313

VI.4.2. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Bei Verstößen gegen Vergabevorschriften kann auf Antrag ein Nachprüfungsverfahren bei der oben genannten Vergabekammer eingeleitet werden. Voraussetzung für die Einlegung eines Nachprüfungsantrags ist das Vorliegen der Anforderungen des § 107 Abs. 3 GWB. In diesem Zusammenhang sind Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Antragsteller im Vergabeverfahren erkannt hat, spätestens sieben Tage nach Kenntnis über den Vergaberechtsverstoß gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung zu rügen. Weiterhin dürfen bis zu dem Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens nicht mehr als 7 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sein.

VI.4.3. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Siehe Ziff. VI.4.1)

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

27.11.2015